



# Luzerner Zeitung

Donnerstag, 21. März 2019

AZ 6002 Luzern | Nr. 67 | Fr. 3.50 | € 4.- www.luzernerzeitung.ch



**Eishockey-Dramatik**  
Ex-Goalie Lars Weibel weiss, wie glatt das Playoff-Eis ist. 37

## Kanton vereinfacht Schätzungswesen

**Luzern** Ab 2021 sollen die Immobilien im Kanton nicht mehr mittels Augenschein vor Ort geschätzt werden. Stattdessen reichen Daten für die Bewertung von Gebäuden und Grundstücken. Das sieht die Vereinfachung des Schätzungswesens vor, deren Botschaft ans Parlament Finanzdirektor Marcel Schwerzmann gestern vorgestellt hat.

Mit der Vereinfachung soll auch das Schätzungsgesetz verschwinden – und durch fünf Paragraphen im Steuergesetz ersetzt werden. Der Kanton wird durch die Umstellung rund 1,5 Millionen Franken pro Jahr sparen. Das Steueraufkommen soll gleich bleiben. (avd) 27

## Ortsplanung hat Sitzleder verlangt

**Sursee** Die Stadt Sursee hat ihre Ortsplanungsrevision verabschiedet. Doch der Weg dahin war steinig. An den beiden Versammlungen vom Montag und Dienstag, die bis tief in die Nacht hinein dauerten, nahmen jeweils über 500 Stimmbürger teil.

Sie hiessen einen stattlichen Teil der verbliebenen 51 Einsprachen gut – und durchkreuzten so unter anderem Pläne des Stadtrats, im heutigen Industriegebiet Münchrüti-Chlifeld Wohnquartiere zu schaffen und Hochhäuser zu erlauben. Chancenlos blieb auch ein Initiativkomitee, das einige Gebiete umzonen wollte, um erschwingerlichen Wohnraum zu ermöglichen. (mod/fi) 26

## Subventionen im Fokus

**Rahmenabkommen** Der Vorgang ist erstaunlich: Gemeinsam sassen Vertreter von Bund und Kantonen in Brüssel am Verhandlungstisch, doch das Ergebnis bei den staatlichen Beihilfen beurteilen sie total unterschiedlich. Dabei geht es um Subventionen, die den Wettbewerb verzerren.

Gemäss Kantonen wirken sich die neuen Regeln für staatliche Beihilfen auf das bestehende Freihandelsabkommen aus. Sie warnen vor Konsequenzen etwa für kantonale Steuerregeln. Der Bundesrat widerspricht. SP-Präsident Christian Levrat sagt, der Text lasse beide Lesarten zu: «Der Bundesrat muss diese Frage dringend klären.» (dk) Kommentar 6. Spalte 3

# Status quo für Franchisen?

**Krankenkassen** Die SVP ist plötzlich dagegen, dass Patienten höhere Franchisen zahlen müssen. Auch die CVP zögert vor der Schlussabstimmung.

Henry Habegger

Gewöhnlich ist so etwas eine reine Formsache: Morgen kommt die Erhöhung der Krankenkassen-Franchise um 50 auf 350 Franken in die Schlussabstimmung im Nationalrat. Noch bis letzte Woche standen die Bürgerlichen geschlossen hinter dieser Vorlage. Doch seit Links-grün sowie Konsumenten- und Rentnerorganisationen mitten im Wahljahr das Referendum angekündigt haben, ist alles anders.

Am Dienstag hat die grösste Fraktion im Bundeshaus, die SVP, grossmehrheitlich entschieden, die Erhöhung abzulehnen. Fraktionschef Thomas Aeschi bestä-

«Es dürfen nicht einseitig die Prämienzahler belastet werden.»



Thomas Aeschi  
SVP-Fraktionschef

tigt eine Meldung des «Blick» und sagt, es brauche zunächst eine Gesamtschau zu den Gesundheitskosten, und es dürften «nicht einseitig die Prämienzahler» belastet werden. Die Erhöhung dürfte damit morgen in der Schlussabstimmung durchfallen, zumal auch die CVP auf Distanz gehen könnte.

**Kehrtwende passt nicht allen SVP-Parlamentariern**

Wie unsere Zeitung in Erfahrung gebracht hat, hatte Aeschi zuvor versucht, die Erhöhung per Ordnungsantrag ins nächste Jahr zu verschieben. Doch fand sich offenbar bei anderen Parteien niemand, der den Antrag einreichen

wollte. Die Kehrtwende der grössten Fraktion passt allerdings nicht allen SVP-Parlamentariern. So geht Ulrich Giezendanner (AG) offen auf Distanz zu diesem «Slalom» seiner Partei.

Die Vorlage, eine vom Bundesrat beantragte Änderung des Krankenversicherungsgesetzes, gibt vor, dass alle Erwachsenen-Franchisen laufend den Gesundheitskosten angepasst werden. Vorgesehen sind 50 Franken mehr, sobald die durchschnittlichen Bruttokosten der Leistungen pro Versicherten mehr als 13-mal höher liegen als die ordentliche Franchise. Die heute tiefste Franchise würde so von 300 auf 350 Franken steigen. 6

## Luft anhalten, bis die Retter kommen



**Oberkirch** In einem Becken des Campus Sursee wird gerade ein Auto mit zwei Insassen versenkt – zu Übungszwecken. Hier lernen Rettungsschwimmer, wie sie Verunfallte unter Wasser aus dem Auto bergen können. Die Anlage ist schweizweit einzigartig und wurde nun nach sechsjähriger Planungs- und Bauzeit in Betrieb genommen. 21 Bild: Boris Bürgisser (Oberkirch, 19. März 2019)

Kommentar

## Vakuum im Bundesrat

**Beim Rahmenabkommen kommt alles zusammen, was es für ein politisches Drama braucht:** Parteien, die keinen Millimeter von ihrer Position abweichen wollen, die gespalten sind oder sich zu spektakulären Wenden hinreissen lassen. Auf der Bühne stehen EU-Funktionäre, die als Feindbild herhalten dürfen. Und dann ist da der Bundesrat, der eine zaghafte Rolle spielt. Es ist nicht sehr originell, ihm vorzuwerfen, er scheue sich vor einer eigenen Haltung: Denn diese Bewertung teilen Politiker von links bis rechts. Manche sprechen schon von einer «regierungslosen Zeit».

Der Bundesrat vermeidet es bislang tunlichst, Stellung zum Rahmenabkommen mit der EU zu beziehen. Er sagt weder Ja noch Nein dazu und hat die Deutungshoheit abgegeben. Nach den jüngsten Hearings mit Parteien und Sozialpartnern entstand erst recht der Eindruck, als würde er seinen Entscheid am liebsten ganz ans Parlament delegieren. Wie sich das so entstandene Vakuum lösen soll, scheint nicht absehbar. Oder erweist sich das Zaudern der Regierung am Ende doch als taktisch clever?

Eine buddhistische Weisheit lautet: Wer Geduld übt, hat ein beruhigtes Herz. Das Herz des Bundesrats schlägt bedenklich langsam, könnte man daran anknüpfend konstatieren. Nach monatelangem Herumdrukken sollte er nun das tun, wofür er gewählt worden ist: regieren. Am 26. Mai wird das Europaparlament neu bestellt, danach werden in Brüssel andere Köpfe an den Schalthebeln sitzen. Am 30. Juni läuft zudem die befristete Äquivalenz für die Schweizer Börse aus. Spätestens mit Blick auf diese Termine muss der Bundesrat endlich Farbe bekennen. Nicht mehr, nicht weniger.



Sven Altmatt  
sven.altmatt@chmedia.ch

